№ 79
A 34
Morgen-Ausgabe
Berlin
Freitag, 16. Februar 1923

Vossische Zeitung

Gegründet 1704

100 Mark

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Vossische Zeitung erscheint wöchentlich zwölfmal; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Zeitbilder" Sonstige Beilagen: Finanz- und Handelsblatt mit Kurszettel der Berliner Börse und amerikanischem Funkdienst, Umschau in Technik und Wirtschaft, Literarische Umschau, Turnen-Sport-Spiel, Für Reise und Wanderung.

Bezugspreis für Februar 2600 Mark. Zustellung durch eigene Boten und durch die Post. Unter Streifband 4500 Mark im Inland. Bei Ausfall der Lieferung wegen höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Rückzahlung. Anzeigen: 280 Mark die mm-Zeile, Familienanzeigen 80 Mark netto die mm-Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahme in bestimmte Nummer.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Verlag und Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstr. 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein: Amt Dönhoff 3690 — 3663. für den Fernverkehr Amt Dönhoff 2686 — 2695 Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus Berlin. Postscheckkonto Berlin 660.

Le Trocquers Londoner Verhandlungen.

Noch keine Beschlüsse.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung".

o **London**, 15. Februar.

Der französische Delegierte Le Trocquer und seine Begleitung, die die Absicht gehabt hatten, heute nacht nach Paris zurückzukehren, haben ihre Abreise verschieben müssen. Die Verhandlungen haben sich mehr in die Länge gezogen, als man ursprünglich geglaubt hatte. Donar Law war einen Teil des Tages im Unterhause zurückgehalten. In englischen Kreisen wird versichert, daß die Diskussion mit der französischen Mission in sehr freundschaftlichem Tone gehalten war. Man weigert sich aber, irgendwelche Andeutungen über Beschlüsse zu denen man gekommen ist, zu machen.

In französischen Kreisen gibt man der „lebhaften Genugtuung" über den Verlauf der Verhandlungen Ausdruck, und man erklärt, daß die Franzosen mindestens etwas dabei herausschlagen werden. Als Basis eines den Franzosen genehmen Kompromisses würde man es betrachten, wenn die englische Regierung die in immer weiteren politischen Kreisen verbreitete Forderung, die englischen Truppen aus dem Rheinland zurückzuziehen, benutzen würde, um einen Druck auf Deutschland auszuüben, die Durchfuhr von Kohlenzügen durch das englische Gebiet nicht durch verkehrstechnische Streiks zu behindern, das sonst der Abzug der Engländer erfolgen müsse. Nach wie vor besteht aber in England eine starke Mißstimmung gegenüber der französischen Transitforderung, und man betont hier, daß es „außerordentlich peinlich" wirke, daß Frankreich derartig unangenehme Anfragen an England stelle.

Man hat hier den Eindruck, daß der französische Minister Le Trocquer mit dem Prinzip nach London gekommen ist, je mehr er verlange, desto mehr werde er erhalten. Die Franzosen ersuchten daher ohne Einschränkungen England um die Durchfahrtserlaubnis in der englischen Zone. Es ist sehr wenig wahrscheinlich, daß diesem Ersuchen stattgegeben werden wird; es ist aber möglich, daß die Franzosen trotzdem eine beschränkte Transitserlaubnis in der Nordwestecke der englischen Zone herausschlagen werden, was ihnen die Möglichkeit geben würde, die Kohlentransporte von Düsseldorf nach Trier zu leiten. Wenn es die Durchlaßerlaubnis auf der Hauptlinie gestatten würde, die deutschen Eisenbahner wahrscheinlich sofort den Streik erklären, und die Engländer hätten in ihrer Zone die ganzen Unannehmlichkeiten, die dadurch entstehen könnten. Alle diese Aussichten haben diejenigen Kreise verstärkt, die die Zurückziehung der britischen Truppen aus dem Rheinlande verlangen. In offiziellen Kreisen behauptet man aber, daß die Engländer das Rheinland nicht verlassen werden, und zwar, weil England das Verhalten der Franzosen im Rheinlande im Auge behalten wolle, für den Fall, daß diese versuchen sollten, das Ruhrgebiet vom Rheinland zu trennen.

Im Unterhaus hat Unterstaatssekretär Mac Neil auf eine Anfrage erklärt, daß die Franzosen bisher an England keineswegs mit einem Ersuchen herangetreten seien, einen Teil des Territoriums der englischen Zone Frankreich zum Transport der Ruhrkohle abzutreten. Er hat aber nicht geleugnet, daß die Franzosen Erleichterungen für den Transport der Ruhrkohle von England verlangt haben. Er hat weiter erklärt, daß die englische Regierung juristische Autoritäten um ihre Meinung gefragt habe, ob das französische Ersuchen zulässig sei oder nicht.

Bonar Law hat einen Antrag im Unterhaus bekämpft, in dem der englische Vertreter beim Völkerbund aufgefordert werden sollte, eine Revision des Friedens von Versailles zu fordern. Im Unterhaus ist infolge des Eingreifens mehrerer Mitglieder der Arbeiterpartei die Besetzung des Ruhrgebiets Gegenstand der Diskussion gewesen. Das Unterhausmitglied Clynes, Mitglied der Arbeiterpartei, erklärte die französische Aktion an der Ruhr für völlig ungerechtfertigt und unentschuldbar. Es sei ausgeschlossen, daß ein Friede in Europa haltbar sei, solange Frankreich und Deutschland unversöhnt seien. Jedenfalls könne die Arbeiterpartei der ungeheuerlichen Doktrin nicht beitreten, die Deutschland verhindern wolle, wieder ein starkes und gesundes Volk zu werden. Zum Schluß verlangte er von der Regierung, daß sie so schnell wie möglich ihre gegenwärtige Politik der Neutralität aufgebe und zwischen Frankreich und Deutschland vermittele.

wf **Paris**, 15. Februar.

Im Ministerium des Äußeren wurde heute abend jede Auskunft über die Londoner Verhandlungen des Ministers Le Trocquer abgelehnt mit dem Bemerken, es sei nicht möglich, Mitteilungen darüber zu machen, ehe der Minister zurückgekehrt sei und der Regierung Bericht erstattet habe. Man gibt am Quai d'Orsay zu, daß es sich um sehr komplizierte Fragen handelt und daß in der Londoner Besprechung das gesamte Problem der Ruhraktion aufgerollt werde. In französischen politischen Kreisen glaubt man, daß England für etwaige Zugeständnisse in der Eisenbahnfrage Gegenzugeständnisse verlangen werde.

Kölner Zwischenfälle.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung".

b **Köln**, 15. Februar.

Es scheint, daß die Periode der englischen splendid isolation in Köln nunmehr vorbei ist. In den letzten zwei Tagen haben sich so schwere Zwischenfälle zugetragen, daß man an einen Abzug der Franzosen, den Engländern den Aufenthalt in Köln zu verleiden, nicht mehr gut zweifeln kann.

Am Montag nachmittag gegen 4 Uhr erschien plötzlich ein Polizeidampfer mit französischer Flagge am Oberländer Ufer in Köln und machte neben den dort liegenden Kohlenkähnen Halt, die mit Ladung bergwärts nach Italien bestimmt waren, aber infolge des Schifferstreiks seit etwa vierzehn Tagen festlagen. Die Franzosen verlangten Bunkerkohle für den Dampfer und bemächtigten sich schließlich einer größeren Menge. Die herbeigerufene englische Polizei erschien am Platz, so daß weitere Entnahmen von Kohle eingestellt werden mußten. Heute vormittag fuhren zwei Kanalboote mit französischer Besatzung im Kölner Hafen an, beschlagnahmten das mit Kohle beladene Schleppschiff „Strohmeyer IX (Konstanz) und schleppten es rheinaufwärts davon. Gestern abend gegen 6 Uhr verlangten französische Soldaten in der Kölner Hauptmarkthalle von den Großhändlern Gemüse. Diese weigerten sich und schlossen baldigst ihre Verkaufsstände.

Die französischen Soldaten entfernten sich, erschienen aber bald wieder mit englischen Polizeimannschaften in Uniform und Zivil. Sie forderten einen Großhändler, der mit dem Ausladen eines Waggons Weißkohl beschäftigt war, auf, an die Franzosen zu liefern und, als der Großhändler sich weigerte, erging seitens der Engländer der Befehl, das Gemüse zu verabfolgen, widrigenfalls er sofort verhaftet und das Gemüse beschlagnahmt würde.

Der Inspektor der Markthalle ließ sich die Ausweise der englischen Polizeibeamten vorzeigen und erkundigte sich auch telephonisch nach der Richtigkeit. Unter dem Druck des englischen Befehls verabfolgte der Großhändler das Gemüse, das kurzerhand von den Franzosen in einen eben entleerten, auf einem Nebengleis stehenden Wagen geladen und nach Hattingen an der Ruhr dirigiert wurde.

Poincaré über das Schuldenproblem

Die Antwort für Polen.

Paris, 15. Februar. (W. T. B.)

Die französische Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf betr. einen Vorschuß von 400 Millionen für die polnische Regierung mit 515 gegen 68 Stimmen angenommen. Im Laufe der Debatte kam der Abg. Ergerard auf die interalliierte Schuld zu sprechen. Er hoffe, daß niemals eine Regierung in Frankreich die Konsolidierung der während des Krieges den weniger vermögenden Alliierten zugestandenen Vorschüsse verlangen werde.

Ministerpräsident Poincaré wendete ein, daß diese Angelegenheit in keinem Zusammenhang mit dem vorliegenden Gesetzentwurf stehe. Er habe zu wiederholten Malen sowohl auf der Londoner wie auf der Pariser Konferenz erklärt, sobald die Gläubiger Frankreichs ihm seine Schuld erlassen hätten, werde Frankreich seinerseits nicht zu gehen, auf seine Forderungen zu verzichten.

Der Berichterstatter Abg. Raynaldy verlangt, im Namen der Kommission für Auswärtige Angelegenheiten die einstimmige Annahme des Entwurfs, der eine neue Kundgebung der Jahrhunderte alten französisch-polnischen Freundschaft darstelle. Er beruft sich auf die von den beiden Ländern 1921 abgeschlossene Konvention, die inzwischen veröffentlicht sei, und die zwar keinen Bündnisvertrag darstelle, nichtsdestoweniger aber die beiden Länder für den Fall eines nicht provozierten Angriffs eines gegenüber dem anderen verpflichte.

Für die Sozialisten erklärt der Abg. Moutet, sie könnten angesichts der Außenpolitik der Regierung, die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf verknüpft sei, diesen nicht annehmen. Poincaré erwiderte, daß hier ein großer Irrtum vorliege, da je die in Rede stehende Konvention schon 1921 von Briand unterzeichnet sei. Moutet verwies jedoch darauf, daß Briand, als er die Konvention mit Polen unterzeichnete, eine Politik im Sinne der Entente cordiale getrieben habe, und daß man damals vor der Konferenz von Genua und in Erwartung eines Garantievertrages mit Unterstützung des Völkerbundes gestanden habe.

Die Ereignisse von Lausanne.

Von

Dr. Edgar Stern-Rubarth.

Bald drei Monate haben die Vertreter der europäischen Großmächte und einiger kleinerer Interessenten mit der Angora-Delegation unter Führung Ismed-Paschas zusammengesessen; sie haben Programme entworfen und Programme abgelehnt, ultimative Forderungen aufgestellt und zurückgenommen — kurz, ein Schauspiel geliefert, das mit den komplizierten orientalischen Bretispielen außerordentliche Aehnlichkeit zeigte. Und nachdem ein halbes dutzendmal der Präliminarfriede angeblich vor der Unterzeichnung stand, oder die Konferenz unmittelbar vor dem Abbruch — nachdem fast alle Punkte, in denen die Parteien in unversöhnlichem Gegensatz zu stehen schienen, glücklich überbrückt waren, ging der Kongreß plötzlich ergebnislos auseinander.

Ergebnislos? Die Türken werden nicht dieser Ansicht sein. Aus der Flut ihrer Denkschriften, mit denen eine geschickte und neueren westlichen Gepflogenheiten ausgezeichnet angepaßte Propaganda die Konferenzteilnehmer und die Presse überschwemmt hat, ist eine bereits im Jahre 1920 verfaßte über den Friedensvertrag von Sèvres beachtenswert. Sie stellt die Punkte zusammen, in denen die Türken sich durch diesen Vertrag in ihrem Selbstbestimmungsrecht, in ihrer politischen und wirtschaftlichen Freiheit, in ihren Existenzmöglichkeiten über das einem Besiegten gegenüber zulässige Maß hinaus vergewaltigt fühlten: die fremde Besatzung in ihrer Hauptstadt Konstantinopel, die Vergebung von Smyrna und Thrazien an Griechenland, die geplante Schaffung eines Phantasiestaates Kurdistan, die Wiederherstellung der Kapitulationen, die Ausbeutung des Minderheitenschutzes zur Vernichtung der türkischen Staatshoheit durch die Verteilständigung ethnischer Einsprengsel, das nahezu völlige Verbot einer eigenen, für den Schutz des Landes ausreichenden Armee und die Verpflichtung zum Ersatz des Volksheeres durch eine unerschwingliche Söldnertruppe, die Errichtung einer Vormundschaft über die ganzen türkischen Finanzen, über die Zahnen und Häfen und über die Konzessionen, über die Zolltarife und über die Staatsschuld.

Was ist von all diesen Forderungen in Lausanne unerfüllt geblieben? Die Griechen verzichten auf Smyrna und Thrazien bis zur Marizagrenze, an der ein neutraler Streifen geschaffen werden soll, die Besatzungen ziehen aus Konstantinopel ab, auf Kapitulationen wird sozusagen verzichtet, und von all den anderen Beschwerdepunkten der Türken gegen den „Vorzellenvertrag" ist gar nicht mehr die Rede.

Ganz andere, erst in jüngster Zeit akut gewordene Probleme sind es, um die sich der Streit dreht, und im Vergleich zu den früheren recht unbedeutende: ob die Türken 5 oder 7 oder 9 Millionen Pfund „Wiedergutmachungen" an die Entente — nicht zahlen, sondern für Verrechnungswege gegen die bei Kriegsausbruch in London beschlagnahmten türkischen Kriegsschiffe oder die durch den Versailler Vertrag Deutschland weggenommenen türkischen Gutbaden in Berlin und Wien austauschen sollen, und das Statut über die Meerengen. Anstatt eines mare clausum für die Entente, oder genauer genommen, für England, wird das Marmara-Meer mit seinen beiden Ausgangspforten wieder türkisch, und man hat sich nur darum gestritten, ob im Kriegsfalle eine fremde Flotte im Ausmaße der größten eines Anliegerstaates am Schwarzen Meer (Sowjetrußland und seine verschiedenen Föderativstaaten, Rumänien, Bulgarien und die Türkei) passieren dürfe. Obendrein hat man den Türken die Inseln Imbros und Tenedos, die den Dardanelleneingang sichern, zurückgegeben.

Als dritter und letzter Punkt war schließlich nicht lange vor der Konferenz die Mossulfrage aufgetaucht, über die aber gleichfalls ein Kompromiß zwischen den beiden Nächstbeteiligten, England und der Türkei, in Form einer Verweisung dieser Frage an den Völkerbund angebahnt schien. Den Engländern kommt es dabei mehr auf die Petroleumquellen an, in bezug auf die sich die Türken mit einer Beteiligung am Ertrag begnügt hätten, den Türken auf die Stadt und einen Teil des Vilajets, weil dieses nach dem Verlust von Bagdad den einzigen und obendrein im Winter fast unpassierbaren Zugang nach Persien (über Senneh) und damit nach den wichtigen Karawanenstraßen Zentralasiens bildet.

Und trotzdem ist dieser scheinbar so günstige Vertrag von den Türken, wenigstens bis auf weiteres, abgelehnt worden, und die Konferenzteilnehmer sind verärgert auseinandergegangen. Die Vermutung drängt sich natürlich auf, daß die Türken dabei der einen oder anderen von den beiden großen Interessengruppen (nachdem die Russen sich mit einer Sonderbantenkontrolle begnügt hatten) — der französischen oder der englischen — als Vorspann gedient haben, um andere politische Belange, also etwa die Frage des Ruhrgebiets, unter dem Druck des Fiaskos von Lausanne nach Wunsch regeln zu können. Aber es ist nicht ganz leicht, festzustellen, welcher von beiden die Triebkraft für die plötzliche türkische Obstinanz gewesen sein könnte.